

AUMA INFO

Messe-Politikbrief

Q3/2025



AUMA

Hundert Tage Bundesregierung: Messewirtschaft liefert Positivnachrichten – politischer Rückenwind fehlt bislang



© AUMA | Steffen Kugler

Philip Harting, Vorsitzender des AUMA – Verband der deutschen Messewirtschaft. Harting ist Vorstandsvorsitzender der gleichnamigen Technologiegruppe mit Sitz in Espelkamp/NRW. Die Firma Harting ist auf vielen nationalen wie internationalen Messen als ausstellendes Unternehmen vertreten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die ersten hundert Tage der neuen Bundesregierung stehen kurz bevor. Die Koalition ist mit einem ambitionierten Sofortprogramm gestartet und hat wirtschaftspolitische Schritte angekündigt. Doch der Blick in den Haushaltsentwurf zeigt: Viele dieser Versprechen sind nicht mit konkreten Maßnahmen unterlegt. In diesen wirtschaftlich herausfordernden Zeiten braucht es Mut zu strukturellen Reformen und eine klare Priorisierung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts.

Positive Nachrichten kommen aus der Messewirtschaft: Unsere Bilanz 2024 zeigt, wie resilient und wachstumsstark die Branche ist – trotz geopolitischer Unsicherheiten, Streiks und Rezession. Zwei Drittel aller internationalen Leitmessen finden in Deutschland statt. Deutsche Messen sind Schaufenster des Mittelstands und sein Zugangstor zu globalen Märkten. In Deutschland generieren Messen jährlich bis zu 28 Milliarden Euro an gesamtwirtschaftlichem Plus und sichern über 230.000 Jobs. Davon profitieren nicht nur Veranstalter und Aussteller, sondern auch unzählige Betriebe entlang der Wertschöpfungskette: Vom Messebau über das Handwerk und die Werbewirtschaft bis zur Logistik, vom Hotel über den Flughafen, die Fluggesellschaft, Bus, Bahn und die Taxiunternehmen bis zum Restaurant und Einzelhandel.

Umso unverständlicher ist es, dass der Haushaltsentwurf 2025 keine Ausweitung des Auslandsmesseprogramms vorsieht, obwohl die finanzielle Stärkung der Außenwirtschaftsförderung im Koalitionsvertrag verankert ist. Eine aktuelle Studie belegt: Außenwirtschaftsförderung wirkt – und Messen sind dabei ein zentrales Instrument. Wer neue Absatzmärkte für Produkte und Dienstleistungen „made in Germany“ erschließen will, muss daher mehr ins Auslandsmesseprogramm investieren. Der Bundeshaushalt 2026 bietet Deutschland dafür eine neue Chance.

Auch bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung braucht es dringend Klarheit. Der Mittelstand ist das Rückgrat der ausstellenden Wirtschaft in Deutschland – er benötigt praktikable Lösungen statt zusätzlicher Bürokratie.

Ihr Philip Harting
Vorsitzender
Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA)

- #1 Exporterfolg sichern: Auslandsmesseprogramm stärken**
- #2 Messewirtschaft bleibt Schlüsselbranche für Deutschlands Wirtschaftskraft**
- #3 Berichtspflichten vereinfachen und Planungssicherheit für Unternehmen schaffen**

Unsere zentralen Forderungen

- Den Etat für das AMP des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie von rund 44 Millionen auf 49 Millionen Euro erhöhen
- Den Etat für das AMP des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat von rund zehn Millionen auf 14 Millionen Euro erhöhen

- Bundesregierung bekräftigt: Auslandsmesseprogramm bewährtes Instrument der Außenwirtschaftsförderung | AUMA
- New Impact Study: The Returns of Export Promotion for TPE members | Trade Promotion Europe / Université de Genève
- Messeförderungen im Ausland | AUMA
- Auslandsmesseprogramm | Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)
- Inlands- und Auslandsreisen | Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH)

Exporterfolg sichern: Auslandsmesseprogramm stärken

Das Auslandsmesseprogramm (AMP) 2025 soll auf dem bisherigen Niveau verharren – so sieht es der Haushaltsentwurf der Bundesregierung vor. In Zeiten angespannter öffentlicher Finanzen ist das einerseits ein Zeichen der Verlässlichkeit. Doch die im Koalitionsvertrag angekündigte finanzielle Stärkung der Außenwirtschaftsförderung bleibt andererseits aus. Weltweit steigende Kosten und Inflation schmälern das reale Messe-Budget – mit spürbaren Folgen für die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die auf das AMP zur Erschließung neuer Märkte angewiesen sind. Der Bundeshaushalt 2026 bietet allerdings eine neue Chance.

Beim AUMA-MesseTreff Ende Juni in Berlin betonte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium Gitta Connemann die Bedeutung des AMP für die deutsche Außenwirtschaft: „Ohne Export wäre unsere Nation verloren – und für den Export brauchen wir Messen“, so Connemann, die zugleich Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung ist. Die Bedeutung von Messen für den Export sollte sich auch im Bundeshaushalt widerspiegeln. Exporterfolg ist Wirtschaftswachstum.

Eine aktuelle Studie der Universität Genf und Trade Promotion Europe (TPE), dem europäischen Verband für Handelsförderung, zeigt deutlich: Messen sind ein zentrales Sprungbrett für den Export. Jeder in die Außenwirtschaft investierte Euro generiert im Schnitt 396 Euro zusätzliches Bruttoinlandsprodukt in Europa. Deutschland liegt beim Förderbudget im europäischen Vergleich jedoch hinten. Obwohl exportstärkste Nation Europas, entspricht die Außenwirtschaftsförderung Deutschlands dieser Bedeutung nicht. Der Befund zeigt das enorme ungenutzte Potenzial – und den klaren Handlungsbedarf: Wer langfristig globale Märkte sichern will, braucht eine Außenwirtschaftsförderung, die dem volkswirtschaftlichen Gewicht gerecht wird. Das AMP ist dafür ein besonders effizientes Instrument.

Die Anforderungen der globalen Märkte wachsen – und mit ihnen der Bedarf an gezielter Unterstützung. Die Messewirtschaft erwartet, dass die Bundesregierung im weiteren parlamentarischen Verfahren nachjustiert und die im Koalitionsvertrag zugesagte Stärkung der Außenwirtschaftsförderung finanziell unterlegt. Das AMP ist nicht nur Wirtschaftsförderung – es ist Standortpolitik.

AUSLANDSMESSEPROGRAMM 2025

Förderstau kostet Milliardenwachstum



New Impact Study: The Returns of Export Promotion for TPE members, Universität Genf und Trade Promotion Europe
(1 € Investition in Außenwirtschaftsförderung generiert 396 € zusätzliches BIP in Europa)

Unsere zentralen Forderungen

- Visaverfahren konsequent digitalisieren, erleichtern und beschleunigen
- In die Modernisierung der Mobilitätsinfrastruktur investieren sowie zuverlässiges und bezahlbares Reisen ermöglichen
- Stromsteuer für alle Branchen senken

- [Weltweite Strompreise: Deutscher Strom mit am teuersten | Verivox / Global Petrol Prices](#)
- [2,5 Millionen ausländische Gäste: Messeplatz Deutschland weltweit vorne | AUMA](#)
- [Deutsche Messegelände: 770 Millionen Euro Invest in Infrastruktur und Energieeffizienz | AUMA](#)
- [Messevisum | AUMA](#)

Messewirtschaft bleibt Schlüsselbranche für Deutschlands Wirtschaftskraft

Die deutsche Messewirtschaft erweist sich als besonders resilienter Wachstumsmotor – trotz geopolitischer Unsicherheiten, einer schwächelnden Volkswirtschaft und Streiks. Mit Pluszeichen bei allen zentralen Kennzahlen bleibt Deutschland weltweit führender Messeplatz. Doch angesichts des wachsenden globalen Wettbewerbs ist die deutsche Politik gefordert, die Rahmenbedingungen für die heimische Messebranche zu stärken.

Die Bilanz 2024 zeigt viel Dynamik und Spitzenwerte: Rund 70 Messeplätze und 322 Messen in Deutschland boten mehr als 204.000 ausstellenden Unternehmen eine Plattform – ein Zuwachs von 9,2 Prozent. Über 11,7 Millionen Besucherinnen und Besucher wurden gezählt – ein Plus von 3,2 Prozent. Auch mit Blick auf die hohe Internationalität ist der Messeplatz Deutschland weltweit führend: 2,5 Millionen Menschen kamen 2024 aus dem Ausland auf deutsche Messen. Insgesamt stellten 107.370 ausländische Unternehmen aus. Bemerkenswert sind diese Pluszeichen, da sie trotz Rezession, geopolitischer Unsicherheiten und Streiks im mes-seschweren Frühjahr 2024 erreicht wurden. AUMA-Schätzungen zufolge kamen dadurch bis zu 250.000 Besucherinnen und Besucher weniger.

Messen sind ein Wirtschaftsmotor mit Breitenwirkung. Von ihnen profitieren nicht nur Veranstalter und Aussteller, sondern auch unzählige Betriebe entlang der Wertschöpfungskette. Jährlich generiert die Messebranche bis zu 28 Milliarden Euro am gesamtwirtschaftlichen Plus und sichert mehr als 230.000 Jobs in Deutschland. Zwei Drittel aller internationalen Leitmessen finden in Deutschland statt – ein Standortvorteil, der es dem heimischen Mittelstand ermöglicht, direkt vor der eigenen Haustür globale Märkte zu erschließen.

Die internationale Konkurrenz schläft jedoch nicht. Andere Länder unterstützen massiv ihre Messewirtschaft. Messerförderprogramme, schnelle und digitale Visa-verfahren, eine verlässliche Mobilitätsinfrastruktur sowie eine klare Anerkennung von Messen als Plattform für Innovation, Handel und Wissenstransfer gehören zu den Rahmenbedingungen, auf die der globale Wettbewerb setzt. Um Deutschlands Spitzenposition zu behaupten, braucht es eine deutliche Verbesserung dieser Standortfaktoren. Es lohnt sich. Denn die jüngsten Zahlen zeigen: Die deutsche Messewirtschaft ist ein Stabilitätsanker und ein strategisches Asset für Wirtschaftswachstum in Krisenzeiten.

MESSEPLATZ DEUTSCHLAND 2024

Die 322 Messen im Vergleich zu ihren Vorveranstaltungen



Zahlen gerundet, Mai 2025

Unsere zentralen Forderungen

- Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz aussetzen
- Den Berichtsumfang aus CSRD, Lieferkettenrichtlinie sowie Taxonomie-Verordnung signifikant reduzieren und verhältnismäßig gestalten
- EU-Rechtsakte nur im rechtlich notwendigen Maße und bürokratiearm umsetzen

→ [Praxisgerechte Umsetzung von Nachhaltigkeitsberichtspflichten | Messe-Politikbrief Q4/2024](#)

→ [Nachhaltigkeit: Brüssel ringt um Berichtspflichten | AUMA](#)

Berichtspflichten vereinfachen und Planungssicherheit für Unternehmen schaffen

Eine Einigung über die geplante Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung lässt in Brüssel weiter auf sich warten. Dabei drängt die Zeit: Der globale Wettbewerb und die wirtschaftspolitischen Herausforderungen nehmen nicht ab. Es braucht mehr Rechts- und Planungssicherheit – auf EU-Ebene und in der nationalen Umsetzung. Deutschland muss sich als mittelstandsgeprägtes Land in Brüssel klar für praktikable und verhältnismäßige Lösungen einsetzen.

Die EU-Kommission hat bereits im Februar das sogenannte Omnibus-Paket vorgestellt. Es soll Berichtspflichten vereinfachen, zum Beispiel solche aus der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD). Doch zentrale Fragen – etwa, für welche Unternehmensgrößen die Pflichten künftig gelten und wie umfangreich die Anforderungen ausfallen – bleiben bislang unbeantwortet. Eine Einigung im Trilog wird frühestens gegen Jahresende erwartet.

Die deutsche Messewirtschaft ist von dieser Rechtsunsicherheit betroffen: Viele Unternehmen der Messebranche haben angesichts der angekündigten Ausweitung der Berichtspflichten frühzeitig erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen mobilisiert. Die CSRD hätte spätestens im Juli 2024 in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Nun verlängert sich die Unsicherheit durch die europäische Debatte um ein weiteres Jahr.

Die Positionen von EU-Kommission, -Parlament und -Rat liegen deutlich auseinander. Umso wichtiger ist es, dass sich Bundesregierung und Bundestag in Brüssel geschlossen für ein verhältnismäßiges, mittelstandsfreundliches Regelwerk einsetzen. Denn gerade kleine und mittlere Unternehmen – 87 Prozent der Aussteller auf deutschen Messen – brauchen praktikable, rechtssichere und verhältnismäßige Vorgaben.

Die deutsche Messewirtschaft erwartet zügige Klarheit: durch einen angemessenen regulatorischen Rahmen auf EU-Ebene und dessen schnelle, bürokratiearme Umsetzung in deutsches Recht. Nur ohne nationales „Gold-Plating“ können gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen in Europa gewährleistet werden. Der Messeplatz Deutschland ist europa- und weltweit führend – und will es auch künftig bleiben.



87 %

der Aussteller auf Messen in Deutschland sind
kleine und mittelständische Unternehmen

Der AUMA ist der Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V., der Dachverband der deutschen Messewirtschaft. International wie national vertritt er die Interessen aller großen und mittleren Messegesellschaften Deutschlands, internationaler Veranstalter in Deutschland sowie der Verbände, welche Aussteller, Service-Unternehmen und Besucherinnen und Besucher vertreten.

Durch Messen in Deutschland werden bis zu 230.000 Jobs gesichert. Gleich 70 Messeplätze zwischen Nordsee und Bodensee machen das Messeland weltweit einmalig. Zwei Drittel aller Leitmessen der Weltwirtschaft finden hierzulande statt. Internationale, nationale und regionale Messen in Deutschland ziehen in Spitzenzeiten über 235.000 ausstellende Unternehmen und 16 Millionen Besucherinnen und Besucher an. 65 Prozent der Aussteller und 35 Prozent der Fachbesucher aller Leitmessen kommen im Schnitt aus dem Ausland.



Jörn Holtmeier
Geschäftsführer

j.holtmeier@auma.de



Silvia Bauermeister
Leiterin Politik, Recht
und Nachhaltigkeit

s.bauermeister@auma.de



Guillermo Bretel
Manager Public Affairs

g.bretel@auma.de

IMPRESSUM

AUMA
Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Littenstraße 9
10179 Berlin
Telefon 030-24000 110
info@auma.de
www.auma.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:
Philip Harting (Vorsitzender)
Peter Ottmann (1. stv. Vorsitzender)
Klaus D. Kremers (2. stv. Vorsitzender)

Geschäftsführer:
Jörn Holtmeier

Registergericht: Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Vereinsregister-Nr.: 21 366 Nz
Umsatzsteuer-Identifikations-Nr.: DE 217620114
Lobbyregisternummer: R001005

Berlin, Juli 2025

[LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Threads](#) | [BlueSky](#) | [WhatsApp](#)